

Entwicklung und Situation der chilenischen christlich- demokratischen Partei (PDC)

Ausgangslage:

1. Die christdemokratische Partei Chiles, PDC, ist der eindeutige Wahlverlierer der Parlamentswahlen vom 11. Dezember 2005. Von allen Parteien verlor sie die meisten Mandatsträger, sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus (Gesamtzahl im Parlament: 120 Abgeordnete: 38 Senatoren). Im Oberhaus stellt sie mit 6 Senatoren jetzt nur noch die viertstärkste Fraktion. Da das Oberhaus in Chile die deutlich mächtigere der beiden Kammern ist, kann die Quasi-Halbierung der christdemokratischen Vertretung kaum dramatisch genug bewertet werden. Im Unterhaus reduzierte sich die Anzahl der Abgeordneten von 24 auf nunmehr 21. Damit ist die christdemokratische Partei nicht mehr zweit- sondern nur noch drittstärkste Fraktion.
2. Auch die prozentuale Erholung der Partei von knapp zwei Prozent auf 20,78 % im Vergleich zu den letzten Abgeordnetenwahlen (18,92 %) ändert das Bild nicht nachdrücklich. In Chile existiert keine nationale Listenwahl. Die Gesamtprozentzahl der Stimmen wird durch die Addierung der Resultate der Wahlkreiskandidaten ermittelt. Das Wahlergebnis 2005 wurde von 56 und damit von zwei PDC-Kandidaten mehr als das Ergebnis von 2001 erreicht. Dadurch relativiert es sich. Gerade durch die deutlich geringere parlamentarische Repräsentanz setzt diese Wahl einen Abwärtstrend und Bedeutungsverlust der Partei fort, den man bei den Kommunalwahlen 2004 gestoppt zu haben glaubte.

3. Nutznießer der Schwäche der Christdemokraten sind ihre linkeren Koalitionsparteien, wie der sozialdemokratische „Partido por la Democracia“ (PPD) und die Sozialistische Partei (PS). Diese linkeren Kräfte innerhalb der Regierungskoalition verfügen im neuen Senat über insgesamt 14 Sitze, von denen allein 8 von den Sozialisten besetzt werden. Damit dominieren sie die nur 6 PDC-Senatoren deutlich. Im Unterhaus legte der Linksblock gemeinsam 5 Abgeordnete zu und kommt jetzt auf insgesamt 42. Der PPD stellt mit 22 Abgeordneten anstelle des PDC die stärkste Fraktion der Koalition im Unterhaus.

Schlussfolgerung:

Die christdemokratische Partei, die nach dem Übergang Chiles zur Demokratie lange kraftvoll die Regierung der „Concertation“ angeführt hatte und ihre Politikinhalt maßgeblich bestimmte, ist heute nur noch eine Minderheit gegenüber dem Linksblock. Für den PDC wird es im neuen Kongress damit weitaus schwieriger als bisher, seine politischen Vorstellungen der Mitte gegen die sozialistisch- sozialdemokratischen Politikkonzepte der Koalitionspartner durchzusetzen.

Partei seit Mitte der 90er Jahre in der Krise

1. Der Rückgang des PDC an den Wahlen ist in Chile kein neues Phänomen. Spätestens mit den Parlamentswahlen 1997 musste die Partei massive Stimmenverluste verkraften. Die Christdemokraten rutschten in eine tiefe Krise, die 2001 ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Während 1993 noch 27,12 % der Stimmen erreicht wurden, waren es 2001 nur noch 18,92 %. Die symbolisch enorm wichtige Position der stärksten Partei Chiles verlor der

PDC 2001 an die national-liberal-konservative und ehemals eng mit der Person **Augusto Pinochets** verbundene UDI, die auch jetzt, trotz leichter Verluste, wieder stärkste Partei Chiles ist.

2. Der PDC nahm spätestens nach den Wahlen 2001 deutlich seine eigene Krise wahr. Zwei Gründe, die seinerzeit diagnostiziert wurden, waren die schlechte Parteiorganisationen und erbitterte interne Machtkämpfe. Organisatorisch hatte man vor allem die Parteibasen und Ortsgruppen vernachlässigt. Zudem übertreiben die Christdemokraten die parteiinternen demokratischen Abstimmungsprozesse. Bei der Fülle der Gremien, Ausschüsse und Kommissionen werden klare Aufgabenzuweisungen verwischt. Hinzu tritt eine massive Führungskrise. Eng mit diesem Problem verbunden ist die Fraktionalisierung. Während die Flügel sich früher an inhaltlichen Fragen festmachten, sind es heute persönliche Feindschaften der Führungspersonen untereinander, die häufig öffentlich über die Medien ausgetragen werden.

Die treffende Analyse und der radikale Kurswechsel

1. Das Jahr 2002 begann die christdemokratische Partei mit dem neuen Vorsitzenden **Adolfo Zaldívar**. Bereits in seiner Bewerbungsrede führte er den großen Wählerschwund auf die enge Zusammenarbeit mit dem Linksblock innerhalb der regierenden „Concertation“ zurück. Die eigenständigen christdemokratischen Positionen, so **Zaldívar**, seien vom Wähler nicht mehr zu erkennen.

2. Unter der Führung **Zaldívares** verfolgte die Partei einen Kurswechsel. Man versuchte, sich inhaltlich von den rechten und linken Parteien abzugrenzen und programmatisch wieder das Segment der politischen Mitte zu besetzen. Die Distanzierung vom Linksblock geschah vor allem durch eine Besinnung auf die eigenen ethischen und moralischen Grundsätze. Von dem Rechtsblock grenzte man sich durch einen stärkeren sozialen Akzent in der Wirtschaftspolitik und durch die Forderung einer aktiven Mittelstandsförderung ab. Immer wieder stellte der Parteichef das Weiterbestehen der Concertation öffentlich in Frage.
3. Zudem legte **Zaldívar** großen Wert auf die Wiederbelebung der Parteibasen und Ortsgruppen. In diesem Bereich gelangen ihm wichtige Erfolge.
4. Besonders an der Strategie **Zaldívares**, den Fortbestand der Concertation in Zweifel zu ziehen, entzündete sich parteiinterner Widerstand. Eine als „Disidencia“ benannte Gruppe von Christdemokraten unter Führung des ODCA-Präsidenten **Gutenberg Martínez** und des Senators **Jorge Pizarro** sprach sich für einen Verbleib in der Regierungskoalition aus. Bereits seit Jahren besteht zwischen **Martínez** und **Zaldívar** eine erbitterte persönliche Gegnerschaft, die viele Projekte der Gesamtpartei blockiert.
5. Auf einem außerordentlichen Parteitag des PDC zur Bestimmung des christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten verlor **Adolfo Zaldívar** im Januar 2005 in einer Kampfabstimmung knapp gegen die ehemalige chilenische Außenministerin **Soledad Alvear** und Frau seines innerparteilichen Gegners **Gutenberg Martínez**. Die Delegierten votierten damit auch für einen Verbleib in der Concertation

6. Soledad **Alvear** musste sich mit der Sozialistin **Michelle Bachelet** im ersten Semester 05 um die Präsidentschaftskandidatur der Gesamt-Koalition auseinandersetzen. Dabei war vorgesehen, dass die Kandidatinnen erst in einigen öffentlichen Debatten gegeneinander antreten und dann in „primaries“ nach US-amerikanischen Vorbild ermitteln, wer für die Concertation gegen den Kandidaten der konservativen Opposition, **Joaquín Lavín** (UDI) antreten sollte. Während des Vorwahlkampfes gelang es Frau **Alvear** nicht, in den Umfragen zu der deutlich vor ihr liegenden **Michelle Bachelet** aufzuschließen.
7. Mitte Mai 2005 nominierte Renovación Nacional (RN), die moderatere wirtschaftsfreundliche liberale Partei der konservativen Oppositions-Allianz, auf einem außerordentlichen Parteitag den Unternehmer **Sebastián Piñera** zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. Nachdem **Piñera** es abgelehnt hatte, in „primaries“ gegen **Lavín** zu kämpfen, entschied die Alianza mit zwei Kandidaten bei den zeitgleich mit den Parlamentswahlen im Dezember 05 stattfindenden Präsidentschaftswahlen anzutreten. Im Wahlkampf bemühte sich **Piñera**, der aus einer traditionell christdemokratischen Familie stammt, um einen deutlich zentristischen Diskurs und sprach von einer neuen großen Allianz des Zentrums, die auch Platz für den christlichen Humanismus biete. Damit setzte er ein klares Zeichen gegenüber den Christdemokraten und lud den PDC ein, in dieses neue Bündnis einzutreten oder sich ihm anzuschließen.
8. Zwei Wochen nach der Bekanntgabe der Präsidentschaftskandidatur von **Piñera** zog **Soledad Alvear** in einer nicht mit der Parteiführung abgestimmten Entscheidung ihre eigene Kandidatur zurück und warf **Adolfo Zaldívar** vor, sie nicht ausreichend unterstützt zu haben. Der Präsident der

Christdemokraten hatte nun zwei Optionen: er konnte sich selbst als Präsidentschaftskandidat proklamieren oder die Kandidatur Frau **Bachelets** unterstützen. Aus Befürchtungen, die Partei könne sich spalten, entschied er sich für die letztere Option. Damit trat zum zweiten Mal in Folge bei Präsidentschaftswahlen in Chile kein christdemokratischer Kandidat an.

9. **Adolfo Zaldívar** und sein Parteiflügel wurden nun entgegen ihres vorherigen Kurses zu den entschiedensten Unterstützern von **Michelle Bachelet**. Wenn man von inhaltlichen Positionen und prinzipiellen Politikkonzepten ausgeht, erscheint diese Strategie – vorsichtig formuliert – fragwürdig. Auch wenn sich **Bachelet** in ihrem öffentlichen Diskurs – wohl aus Rücksicht auf mögliche christdemokratische Wähler – mit sozialistischen gesellschaftlichen Ordnungsvorschlägen zurückhielt, lässt sich doch vermuten, dass sie einen deutlich linkeren Kurs anstrebte als ihn die chilenische politische Mitte billigt. Signale wie etwa ihr Treffen mit dem sozialistischen spanischen Ministerpräsidenten **Rodríguez Zapatero** und ihr anschließendes Lob für dessen gesellschaftliche Reformen, die Einladung an **Cristina Fernández**, der Frau des linkspopulistischen argentinischen Präsidenten **Nestor Kirchner** zum Wahlkampfabschluss, oder die unkritische Haltung gegenüber **Hugo Chávez** beim TV-Duell, hätten die Alarmglocken bei vielen christdemokratischen Politikern läuten lassen sollen.

Warum unterstützt die christdemokratische Partei Frau Bachelet?

1. Die regierende „Concertation“ kann als sehr erfolgreiche Regierungskoalition bezeichnet werden. Ihr Ursprung lag in der Spaltung des Landes zwischen den Befürwortern und Gegnern der Militärdiktatur beim Plebiszit für eine weitere Amtszeit **Pinochets** 1988. Aufgrund der insgesamt erfolgreichen

Arbeit der Regierung, sieht der PDC mehrheitlich keinen Grund aus der Koalition auszuscheren.

2. Das von **Pinochet** eingeführte weltweit einzigartige binominale Wahlsystem zwingt die Parteien in zwei Lager. Haupt-Leidtragender ist der PDC.
3. **Michelle Bachelet** hat die Reform des Wahlrechts als Priorität ihrer möglichen Regierung bezeichnet. Der PDC glaubte durch eine Unterstützung der Links-Allianz, die notwendige Wahlreform zu erreichen und damit eine größere politische Unabhängigkeit zu gewinnen. Das Wahlsystem zwingt die Christdemokraten praktisch in die Concertation und bringt so den Linksparteien wichtige Stimmen, was das Interesse an einer Reform durch den Linksblock fraglich erscheinen lässt.
4. Ein weiterer Grund hat mit Machterhalt zu tun. Während 17 Jahren Regierungsbeteiligung haben sich die Christdemokraten viele Positionen in der staatlichen Bürokratie sichern können. Eine andere Parteien-Konstellation würde zu einer Neuverhandlung der Posten führen, was für die jetzigen Amtsträger ein Risiko bedeutet.
5. Die mangelnde doktrinaire Geschlossenheit führt zu Unterschieden in den gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen wichtiger christdemokratischer Parteipolitiker. Einflussreiche Teile des PDC vertreten nach wie vor nostalgische Gleichheitsideale, bei denen große inhaltliche Schnittmengen mit sozialistischen politischen Vorstellungen bestehen. Die Überbetonung der Rolle des Staates und die nach wie vor weit verbreitete Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Lösungen insbesondere für gesellschaftspolitische Probleme (Gesundheit, Erziehung) führen zu einer Annäherung christlich-

demokratischer Politik mit den Vorstellungen der Linksparteien der Concertation.

Eine Gruppe von Christdemokraten spricht sich nach dem ersten Wahlgang für Piñera aus

1. Eine Gruppe von Christdemokraten, „Christliche Humanisten mit **Sebastián Piñera**“, angeführt von **Roberto Mayorga**, ehem. Richter am Obersten Gerichtshof und Ex-Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, erklärte zwei Tage nach dem ersten Wahlgang ihre Unterstützung für die Kandidatur **Piñeras**. **Mayorga** analysierte, die Christdemokraten befänden sich „in einer Achse mit der Linken, in der sie an Wichtigkeit und Bedeutung verloren“ haben. Er rief dazu auf, die historische Trennung zwischen den Befürwortern und Gegnern **Pinochets** zu überwinden und gemeinsam in die Zukunft zu blicken. Deshalb wolle er die Einladung **Piñeras** zu einer großen, neuen Koalition der politischen Mitte annehmen.
2. **Sebastián Piñera** reklamiert für sich, den christlichen Humanismus zu vertreten. Die christlichen Humanisten hätten eine andere Vision vom Menschen als die sozialistischen und laizistischen Bewegungen. Ein Beispiel dafür sei die bedingungslose Verteidigung des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen. Die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe zwischen Mann und Frau lehne er ab. Er betonte Personalität, Solidarität und Subsidiarität als grundlegende Prinzipien seiner künftigen Politik und stellte die Soziale Marktwirtschaft als das geeignete Modell für Chile heraus. Die Concertation bezeichnete er als „absurd“. Er wies darauf hin, dass die christdemokratische Partei im Parlament weniger Sitze habe wie die Linke

und warnte die Partei vor einem Verbleib in dieser Koalition. Er sprach von einem „Zentrum ohne Führungsfigur aber nicht ohne Inhalte und Anhänger“, welches er repräsentieren wolle. **Piñera** rief dazu auf, die Armut zu überwinden, die Ungleichheit zu reduzieren und die Bildungssituation zu verbessern.

Aktuelles Bild der Christdemokraten

1. Eine führende Tageszeitung des Landes sprach von dem PDC als „einem Patienten in der Notaufnahme“. Viele traditionell christdemokratische Wähler fühlen sich von **Michelle Bachelet** abgeschreckt und haben **Sebastián Piñera** ihre Stimme gegeben. Er hat als Kandidat etwa 10 Prozent mehr Zustimmung bekommen als seine Partei RN.
2. Die christdemokratische Parteiführung versuchte (wegen des Zuwachses von 200.000 Stimmen) bis zum Parteitag im April 06 das Wahlergebnis schön und damit die Partei stark zu reden. Dies war ein Zeichen von mangelndem Realitätssinn und fehlendem Mut, die eingeschlagene politische Strategie in den Parteigremien zur Diskussion zu stellen. **Adolfo Zaldívar** verzichtete auf eine erneute Kandidatur zum Vorsitzenden. Stattdessen schickte er seinen Generalsekretär gegen seine Konkurrentin **Soledad Alvear** ins Rennen. In Urwahlen gab sich die Partei eine neue Führung. Anfang Mai übernahm Frau Alvear mit einem komplett ausgewechselten Präsidium und Vorstand die Parteiführung. Sie wurde mit 70 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von nur der Hälfte der eingeschriebenen Parteimitglieder als neue Vorsitzende legitimiert.

3. **Frau Alvear** ist mit dem landesweit besten Ergebnis bei den Dezemberwahlen 05 als Senatorin ins Parlament eingezogen. Sie kann auf eine umfangreiche Erfahrung in wichtigen Regierungsämtern zurückblicken. Als Frauenministerin unter **Patricio Aylwin**, als Justizministerin mit **Eduardo Frei Ruiz-Tagle** und Außenministerin unter dem sozialistischen Präsidenten **Ricardo Lagos**, ist sie eine landesweit bekannte und beliebte Politikerin. Als überzeugte Anhängerin einer engen Zusammenarbeit der christlichen Demokraten mit den Sozialisten, steht sie vor der großen Herausforderung, das christlich- demokratische Parteiprofil zu stärken und sich dadurch von dem Linksblock zu differenzieren sowie die Verantwortung für eine erfolgreiche Regierung von **Frau Bachelet** als Vorsitzende einer Regierungspartei zu verdeutlichen.
4. In ihrer ersten Amtszeit bis Beginn 07 ist ihr das gut gelungen. Die Streitigkeiten der Partei zwischen den feindlichen Flügeln fanden im Jahr 06 nur noch selten Wiederhall in den Medien. Die Differenzierung vom Linksblock glückte ihr durch Widerstand gegen allzu progressive gesellschaftliche Ordnungsentwürfe der offiziellen Regierungspolitik. Festgemacht hat sie das an Wertethemen wie Sterbehilfe, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Rolle der Familie, etc. Auch im außenpolitischen Bereich konnte sie mit der Ablehnung von Chiles Stimme für einen nicht ständigen Sitz Venezuelas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Zustimmung bei Opposition und anderen Regierungsparteien erreichen.
5. Immer stärker werden die Forderungen aus der Partei, daß für den Fall eines Zusammenbleibens der Concertation bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2009, ein christdemokratischer Kandidat für die Koalition antritt.

Nach zwei Regierungen unter Führung von **Patricio Aylwin** und **Eduardo Frei Ruiz-Tagle** (beides christliche Demokraten) und zwei Präsidenten aus dem sozialistischen Lager der Koalition (**Ricardo Lagos** und **Michelle Bachelet**) will der PDC erreichen, daß der Linksblock auf eine Präsidentschaftskandidatur 2009 verzichtet. Das Kandidatenkarussell hat sich bereits in Gang gesetzt. **Soledad Alvear** will ihre Machtbasis als Parteivorsitzende dafür nutzen, **Eduardo Frei Ruiz-Tagle** profiliert sich für eine eventuelle zweite Amtszeit als amtierender Senatspräsident. Innerhalb des sozialistischen Lagers wird von Teilen der PS der jetzige Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten und ex Innenminister der Lagos-Regierung, **José Miguel Insulza** sowie ex Präsident **Ricardo Lagos** proklamiert. Die Opposition konzentriert sich auf den Politiker **Sebastián Piñera** (RN) und den wieder populär gewordenen **Joaquín Lavín** von der UDI.

6. Vieles spricht dafür, daß die Durchsetzung dieser Forderung für die Christdemokraten auf großen Widerstand stoßen wird. Nicht auszuschließen ist, daß das Auswahlverfahren der „primaries“ Mitte 2009 aufgegeben wird und der Präsidentschaftswahlkampf mit Kandidaturen aus allen Parteien bestritten wird (zwei aus der Opposition; zwei aus dem Lager der Concertación; ein Anwärter aus der chancenlosen kommunistischen Partei Chiles).
7. Die zweite große Frage, die über die künftige parlamentarische Stärke des PDC entscheiden wird, ist eine Änderung des binominalen Wahlrechts. Momentan befinden sich die Christdemokraten in einer „Sandwichposition“ zwischen links und rechts. Dies hat die Folge, dass das politische Zentrum in Chile keine eigenständige politische Vertretung hat. Ein neues Wahlsystem mit stärkeren proportionalen Elementen würde dem PDC ermöglichen, als

Partei der Mitte aufzutreten und je nach programmatischen Erwägungen Koalitionen mit unterschiedlichen Partnern einzugehen. Die Diskussionen darüber werden wohl nicht vor 2008 ein Ergebnis erzielen. Nach heutigem Erkenntnisstand zeichnet sich ab, daß die Zahl der Parlamentarier aus Abgeordnetenhaus und Senat vergrößert wird und nur diese zusätzliche Quote durch ein proportionales System gewählt wird. Das würde den Parteienwettbewerb nur geringfügig erhöhen und eine signifikante Änderung und Verschiebung zwischen und innerhalb der Blöcke (Allianz und Concertation) ausschließen.

8. Falls es den Christdemokraten in den nächsten Jahren nicht gelingt, sich von den linken Koalitionspartnern abzusetzen, wird ihr programmatisches Profil immer mehr zu sozialistisch - sozialdemokratischen Ordnungsvorstellungen tendieren. Sollte der PDC nicht wieder die politische Mitte besetzen können, werden dies künftig andere Parteien tun. Wenig hilfreich war in diesem Zusammenhang die in der Öffentlichkeit verbreitete Definition des PDC als eine Mitte Links Partei durch die amtierende Vorsitzende (bis zum Programmparteitag im Oktober 07). Ab diesem Zeitpunkt spricht sie von der DC als einer Partei der politischen Mitte, die progressiv und reformerisch sein soll.
9. Zu Jahresbeginn 07 brechen die in den letzten Jahren öffentlich gemachten Gegensätze zwischen den Flügeln der Partei erneut aus und beherrschen die Berichterstattung über den PDC in den Medien. Der der Partei vier Jahre (2002-2006) vorstehende Präsident, **Senator Adolfo Zaldívar**, setzt sich zunehmend sowohl von der jetzigen Parteiführung als auch von der von ihm im Wahlkampf 05 uneingeschränkt unterstützten Staatspräsidentin ab. Die Gegensätze verstärken sich und wurden werden immer weniger

überbrückbar. **Zaldívar** sucht Unterstützung für seinem politischen Diskurs (Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Verwendung der hohen Überschüsse aus Chiles Staatshaushalt (Kupfererlöse) für einem „Marshallplan“) bei den Oppositionsparteien. Die Stimmen innerhalb der Partei und durch politische Beobachter, die von einer bevorstehenden Spaltung des PDC sprechen, nahmen zu. Die internen Kräfteverhältnisse haben sich zugunsten des Alvear-Flügels verändert. **Adolfo Zaldívar** repräsentiert ca. 35 % der Partei. Während seiner Zeit als Vorsitzender wußte er über die Hälfte der Partei hinter sich. Von den 21 PDC-Abgeordneten stehen allerdings 9 geschlossen hinter ihm.

10. Die beiden Oppositionsparteien UDI und RN bemühen sich zusehends um einen zentristischen Diskurs. Ihnen fehlen rund 7 % der Wählerschaft, um einen Regierungswechsel in 2009 – nach dann 19 Jahren Concertationsregierung – herbeizuführen. Für eine Prognose, ob es zu einer Annäherung zwischen der Allianz und dem PDC-Flügel von **Adolfo Zaldívar** kommt, ist es noch zu früh. Das bestehende Wahlrecht stünde dem nicht entgegen. Dies bedeutete jedoch eine Spaltung der Christdemokraten. Diese Entwicklung wird davon abhängen, welche Rolle und welches Gewicht RN und UDI bereit wären, dem Zaldívar Flügel bei einer möglichen Kooperation einzuräumen.
11. Im April 07 mussten laut Parteistatut in Urwahlen durch die Mitglieder (Verzeichnis enthält ca. 67000 Personen) die Regionalvorsitzenden der Partei und deren Gremien neu bestimmt werden. Bei diesem Urnengang, an dem sich ca. die Hälfte der eingeschriebenen Mitglieder beteiligte, konnte die Parteivorsitzende ihre Machtposition konsolidieren und stärken. Ca 70% der neu gewählten Kandidaten für die Führungsgremien auf regionaler Ebene,

entfallen auf Angehörige des **Alvear** Flügels. Die restlichen 30% sind **Eduardo Frei Ruiz Tagle** (5%) und **Adolfo Zaldívar** zuzurechnen.

12. Am 12. Mai 07 trat die Nationale Delegiertenversammlung zusammen. Die "Junta Nacional" ist das wichtigste Parteigremium. Sie entscheidet u.a. über den politischen Kurs. Über 600 Delegierte sind Mitglieder dieses Gremiums. Mit Einverständnis der drei unterschiedlich starken Flügel der Partei (Alvearistas 70 %, Colorines 25 % und Freístas 5 %) bildete sich ein Redaktionskomitee zur Formulierung einer politischen Kursbestimmung. Das Dokument wurde ohne Gegenstimme von den Delegierten verabschiedet. Es legte alle Akteure in ihren öffentlichen Verlautbarungen fest und stellte einen Kompromiss dar zwischen den von den Flügeln vorgetragenen Forderungen für den politischen Kurs der Partei. Wichtigste Punkte sind:

- Die uneingeschränkte Unterstützung von Staatspräsidentin Bachelet und der Regierung;
- die feste Verankerung der DC in der Vier-Parteienkoalition der Concertation;
- die Forderung, den technokratischen Regierungsstil durch eine stärkere Einbeziehung der Parteien in die Willensbildung politischer auszugestalten;
- die Streitigkeiten in der Partei zu beenden und Meinungsverschiedenheiten nicht über die Medien, sondern in den dafür vorgesehenen Parteigremien zu debattieren;
- Erziehungsreform und soziale Sicherheit als Priorität für die Regierungsarbeit einzustufen;
- das Transportsystem aus der Hand des Privatsektors in eine staatliche Gesellschaft (Unternehmen) zu überführen;
- eine aktive Förderung des Mittelstandes durch Sonderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen zu konkretisieren;

- die präkere Finanzsituation der Kommunen einer Lösung zuzuführen;
- die Dezentralisierung zu beschleunigen;
- für eine nachhaltige Energiepolitik einzutreten;
- die Opposition aufzufordern, ihre destruktive Ablehnung der Regierungsvorhaben aufzugeben;
- den für Oktober anberaumten Programmparteitag für weitere Debatten über kontroverse politische Positionen innerhalb der Partei zu nutzen;
- die aktuelle Parteiführung auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene zu unterstützen und loyal mit ihr zusammenzuarbeiten

Die Delegiertenversammlung ist auch zuständig für die Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes. 18 Plätze waren neu zu bestimmen. Die verschiedenen Flügel hatten Kandidaten benannt. Das Ergebnis entspricht einer Konsolidierung der Position von Soledad Alvear, die die Hälfte der zu wählenden Vorstandsposten aus ihren Reihen besetzen konnte. Die andere Hälfte entfiel auf den Flügel von Adolfo Zaldívar (ca. 30 %) und unabhängige bzw. Anhänger von Eduardo Frei.

13. Entgegen dem bisherigen Kurs der Partei, sich progressiven gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der linkeren Koalitionspartner entgegenzustellen, den die DC unter **Alvears** Führung im ersten Jahr seit ihrer Wahl einschlug, bekannte sich die Vorsitzende in ihrer Grundsatzrede auf der Delegiertenversammlung zu einer bedingungslosen Unterstützung der sozialistischen Staatspräsidentin. Diese Rolle hatte bisher, Ex-Praesident **Eduardo Frei Ruiz Tagle**, in seiner Funktion als Vorsitzender des chilenischen Senats, beansprucht. Er hob bis zum Tag seiner Rede auf der nationalen Delegiertenversammlung immer in allen öffentlichen

Verlautbarungen, die besondere Verantwortung der christlichen Demokraten als Regierungspartei hervor, die loyal in die Koalition eingebunden sei. Beide Spitzenpolitiker tauschten auf dieser Versammlung ihre diametral gegensätzlichen Positionen. **Soledad** unterstützt ab diesem Zeitpunkt die Staatspräsidentin; **Eduardo Frei** ging auf kritische Distanz.

14. Im Juni 07 brachte die Exekutive eine Gesetzesinitiative im Parlament ein, damit die Regierungsmehrheit in beiden Kammern ihre Zustimmung gibt für eine außerordentliche Zusatzfinanzierung aus dem laufenden Haushalt in Höhe von 290 Mio USD zur Deckung des Defizits bis Jahresende für das im Februar eingeführte chaotische neue Personennahverkehrssystem in der Hauptstadt. Senator **Zaldivar** nutzte seine populäre Ablehnung für ein breit angelegtes Medienecho. Er forderte die Übernahme von politischer Verantwortung und den Rücktritt mehrerer Minister des Kabinetts, die die Präsidentin überredet hätten, den Startschuss für dieses völlig unzureichende Transportsystem gegeben zu haben. Es ginge nicht an, dass aus dem allgemeinen Steueraufkommen vertraglich zugesicherte feste Vergütungen an private Busbetreiber bezahlt würden. Er forderte die Rückkehr zum privatwirtschaftlich organisierten Verkehrsverbund und die Wiedereinsetzung der alten Linien- und Streckenführung. Mit dieser Argumentation machte er sich zum Sprecher der Opposition, die durch ihre Abgeordneten und Senatoren die gleichen Forderungen stellte. Trotz seiner und der Ablehnung eines weiteren Senators, konnte die Regierung mit Hilfe eines gleich großen Zusatzbudgets für die Regionen, die Sonderdotierung für den Transantiago mit Mehrheit verabschieden.
15. Die Vorsitzende der Partei brachte diese Zustimmungsverweigerung im Juli 07 vor das Parteigericht. Der Antrag lautete auf Einhaltung des

Fraktionszwangs. **Adolfo Zaldívar** berief sich auf seine Gewissensfreiheit bei Abstimmungen im Senat. Die Regelungen des Parteiengesetzes und die der Verfassung für die Stellung von Parlamentariern im demokratischen Systems Chiles, gaben ihm Recht. Es blieb bei einer Androhung von Konsequenzen für Wiederholungsfälle.

16. Am 12. und 13. Oktober fand der V. Programmparteitag der christlichen Demokraten statt. Das Grundsatzprogramm aus dem Jahre 94 gibt vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung keine adäquaten Antworten auf die Herausforderungen für Chile im XXI Jahrhundert. Die Partei beschloss wichtige und richtige Orientierungen:

- Die Partei bekennt sich zum ersten Mal in ihrem bisherigen 5. Grundsatzprogramm zur „Sozialen Marktwirtschaft“ als die Wirtschaftskonzeption, die die Steuerung über Märkte mit sozialem Ausgleich verbindet.
- Den kleinen und mittleren Unternehmen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Partei plädiert für eine aktive staatliche Mittelstandsförderung.
- Die Rolle des Staates als Wettbewerbshüter wird unterstrichen. Nur so könne der Zugang zu und auf den Märkten auch für neue Anbieter garantiert werden. Die Konzentration in einigen Branchen der Wirtschaft Chiles sei besorgniserregend.
- Dezentralisierung und Subsidiarität seien Leitbilder für einen Staatsaufbau von unten nach oben. Die legislativen und exekutiven Institutionen in den 15 Regionen des Landes bedürften einer stärkeren demokratischen Legitimierung. Die direkte Wahl des „Intendenten“ (vergleichbar mit dem Ministerpräsidenten) und der regionalen Parlamente sei anzustreben.

- Die Machtfülle des Präsidentenamtes sei zu beschränken. Mehr parlamentarische Elemente sollten das präsidentielle Regierungssystem demokratischer ausgestalten.
 - Statt einem Zweikammersystem, könne man auf den Senat verzichten, wenn die regionale Repräsentanz und Legitimation der Abgeordneten gestärkt sei.
 - Chile benötige eine funktionierende Sozialpartnerschaft mit Tarifautonomie und sozialem Dialog zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf Branchenebene.
 - Die Partei spricht sich für eine nachhaltige Umweltpolitik aus und fordert die Formulierung einer langfristigen Energiepolitik unter stärkerer Beachtung erneuerbarer Energieträger auch aus Gründen des Klimaschutzes. Der nuklearen Option wird eine Absage erteilt.
 - Die Partei fordert eine Lösung für den Dauerstreit Chiles über Boliviens Anspruch auf Meereszugang und spricht sich für eine Überwindung der Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarländern aus.
 - In Fragen der Erziehungs- und Bildungspolitik fordert die zuständige Kommission ein Verbot der Gewinnabsicht privater Grundschulen, die mit staatlichen Subventionen alimentiert werden.
17. Im November 07 musste der Transportminister eingestehen, dass die Entwicklung des Defizits im Personennahverkehrssystem auch im Haushalt 2008, der in beiden Kammern des Parlamentes debattiert wurde, eine Sonderfinanzierung notwendig mache. Konsequenterweise lehnte Senator **Zaldivar** auch dieses Mal seine Zustimmung ab. Seine Argumente hatten jedoch mittlerweile andere Senatoren überzeugt. Auch im Abgeordnetenhaus stimmten einige Deputierte, die seinem Flügel in der Partei angehören, gegen

die Regierungsvorlage. Der Haushalt 08 konnte zwar vom Parlament verabschiedet werden, eine weitere Finanzierung aus öffentlichen Mitteln für das nach wie vor chaotische Nahverkehrssystem in der Hauptstadt, wurde aber mehrheitlich in beiden Kammern verworfen. Die Regierung verlor so zum ersten Mal in der laufenden Legislaturperiode ihre in den Wahlen 05 gewonnene Mehrheit im Parlament.

18. Die Parteivorsitzende machte daher die Drohung des Parteigerichtes durch den Schiedsspruch vom Juli wahr und erreichte im November 07 einen Vorstandsbeschluss der Partei, die Mitgliedschaft von Senator **Zaldivar** solle ausgesetzt werden und das Parteigericht solle in einem erneuten Verfahren **Adolfo Zaldivar** aus der Partei ausschließen. Dies löste ein Erdbeben im PDC aus.

19. Die gegenseitigen Anschuldigungen und Schuldzuweisungen schaukelten sich hoch und fanden breite Berichterstattung in den Medien. **Adolfo Zaldivar** sprach dem Parteigericht jegliche Legitimation für seinen Fall ab. Er wiederholte die von ihm seit längerem vorgetragene These, einer transversalen Verschwörung mächtiger Persönlichkeiten aus den vier Koalitionsparteien, die nur die Machterhaltung im Blick hätten, durch Korruptionsaffären zusammengeschweißt seien und die christlich demokratischen Werte und Prinzipien tagtäglich verletzen. Er steigerte sich in dem Vorwurf, die jetzige Parteiführung gleiche einer kriminellen Vereinigung. Die Gegenseite sprach von einem Krebsgeschwür, dass entfernt werden müsse (**Edmundo Perez Yoma**); die Vorsitzende verlautbarte, die fünf aus dem Fraktionszwang ausgescherten Abgeordneten seien eine Schande für die Christdemokratie, **Adolfo** solle freiwillig die Partei verlassen, er habe mit seinem Verhalten und seinen Stellungnahmen Chile Schaden zugefügt ;

Senator **Pizarro** (engster Vertrauter von **S. Alvear**) sprach von Verrat der Gemeinsamkeiten der „Concertacion“ und auch der Abgeordnete und Vizepräsident der Partei, **Jorge Burgos** forderte vom Parteigericht, Senator **Zaldivar** aus der Partei hinauszuerwerfen (expulsar).

20. **Eduardo Frei Ruiz Tagle**, der ebenfalls eine Kandidatur als Präsidentschaftsanwärter der DC bei den Wahlen im Dezember 09 anstrebt, bildete eine Gruppe gemeinsam mit den Spitzenpolitikern **Jaime Ravinet**, **Marcelo Trivelli** und dem Bruder von **Adolfo**, **Andres Zaldivar**, dessen Verhältnis zur Parteivorsitzenden und auch zur Staatspräsidentin durch seine Entlassung als Innenminister nur vier Monate nach Amtsantritt der 4. Concertationsregierung belastet ist. Die sogenannten 4 Blauhelme (cascos azules) sprachen sich für eine Moderation des Konfliktes aus, forderten die Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung, auf der Vorstand und Präsidium pluralistisch, auch mit Vertretern des Flügels von **Adolfo**, neu zu besetzen sei und baten den Vorsitzenden des Parteigerichtes, mit dem Schiedsspruch abzuwarten bis die Debatte in den Gremien der Partei abgeschlossen sei. **Eduardo Frei** erhoffte sich mit dieser Position eine Mehrheit der Delegierten für seine Kandidatur als möglicher neuer Parteivorsitzender.
21. Die Vorsitzende des PDC erkannte die Bedrohung der Frei'schen Strategie für ihren eigenen Machterhalt. Daher war sie an einem schnellen Beschluss des Parteigerichtes mit dem von ihr gewünschten und vorgegebenen Urteil interessiert. Denn nach der Entfernung von **Adolfo Zaldivar** aus der Partei, wäre eine Moderationsrolle von **Eduardo Frei** hinfällig. Sie instrumentalisierte das Parteigericht, um ihren parteiinternen Konkurrenten auszuschalten. Das mehrheitlich mit Vertretern ihrer Interessen besetzte Gericht, fielte am 26.

Dezember 07 seinen Schiedsspruch und warf **Adolfo Zaldívar** nach 48 jähriger Mitgliedschaft aus der Partei heraus.

22. Die Reaktionen aus Parteikreisen über diese Entscheidung decken Zustimmung und Ablehnung aus. Beide Blöcke halten sich in etwa die Waage. **Adolfo Zaldívar** führte zwischen den Tagen des Jahreswechsels zahlreiche Gespräche mit seinen Beratern über die nunmehr einzuschlagende Strategie. Zu diesem Gesprächskreis gehören auch 9 der 21 Abgeordneten der Partei, die sich zu ihm und seinen Positionen bekennen. Diese Abgeordnetengruppe fand keine einvernehmliche Haltung über das weitere Vorgehen. Einige votierten für eine rebellische Option gegenüber der jetzigen Partei- und Fraktionsführung, ohne jedoch weder Partei noch Fraktion zu verlassen; andere aus der Gruppe der neun präferierten eine Solidaritätsbekundung mit Senator **Zaldívar**.

23. Im Laufe des Jahres 07 kam es zu einer Abspaltung bei der sozialdemokratischen Regierungspartei PPD. Senator **Fernando Flores** schied aus seiner Partei und Fraktion aus. Er gründete mit Anhängern eine neue politische Partei „Chile Primero“. Ein Senator, **Carlos Cantero**, aus der oppositionellen liberalen und wirtschaftsfreundlichen Renovación Nacional (RN), verließ die Partei wegen inhaltlich sachlicher Differenzen mit dem Vorsitzenden **Carlos Larrain**. Schließlich schloss sich der unabhängige, aber der RN zuneigende Senator der südlichsten Region Chiles, **Carlos Bianchi**, den beiden anderen an und bildete eine neue Fraktion der „Unabhängigen“ im Senat. Nach dem Parteiausschluss hat sich **Adolfo Zaldívar** ebenfalls dieser Gruppe angeschlossen. Damit ist die Regierungsmehrheit im Oberhaus nicht mehr gegeben. Bei künftigen Gesetzesinitiativen der Exekutive muss ein

Schulterschluss mit der Fraktion der Opposition oder mit der Gruppe der „Unabhängigen“ gesucht werden.

24. **Am 8. Januar 08** gaben fünf der neun Senator **Zaldivar** zuzurechnenden Abgeordneten offiziell ihren Austritt aus Partei und Fraktion bekannt. Auch sie schließen sich zu einer neuen Fraktion im Unterhaus mit zwei weiteren abtrünnigen Abgeordneten des PPD zusammen. Damit verliert die Regierung auch in der zweiten Kammer ihre Mehrheit.
25. **Senator Zaldivar** hat angekündigt, eine neue Partei mit seinen Anhängern zu begründen. Diese politische Bewegung orientiere sich an christlich-demokratischen Grundsätzen, Werten und Prinzipien, wie sie die CDU Deutschlands interpretiert. Sie sei offen für andere Konfessionen aber auch für konservative und liberale Überzeugungen. Die bereits existierenden Bewegungen, die im Laufe des Jahres 07 entstanden sind und sich an diejenigen Wähler Chiles richten, die sich mit keinem der bestehenden Blöcke (Concertacion und Allianz) identifizieren (alle Meinungsforschungsinstitute sprechen von 40-55% der wahlberechtigten Bevölkerung, die dieser Gruppe zuzurechnen sind) sollen in diese neue Partei integriert werden. Schon bei den Kommunalwahlen im Oktober 08 wolle man Kandidaten aufstellen.
26. Durch Beschluss des PDC Parteivorstands wurde das Chronogramm für die nächsten herausragenden Entscheidungen der Partei festgelegt. In Urwahlen sollen am 6. April die Parteimitglieder aufgerufen werden, eine neue Parteiführung zu wählen. Dies ist laut Parteistatut der festgelegte Weg. Nur die nationale Delegiertenversammlung kann diese Bestimmung abändern und diesem Gremium das Recht erteilen, statt durch Urwahlen, die Delegierten entscheiden zu lassen. **Soledad Alvear** will erneut für den Parteivorsitz

kandidieren. Sie geht davon aus, unter den Parteimitgliedern die nötige Mehrheit für die Fortsetzung in dieser Funktion zu erreichen. Auch wurde der Termin für die Einberufung der nationalen Delegiertenversammlung festgelegt. Diese soll erst im Juni 08 zusammentreten. Unter anderem hat sie dann die Aufgabe, das im Oktober 07 erarbeitete neue Grundsatzprogramm anzunehmen oder zu verwerfen. Der Text, den der Programmparteitag zur Überarbeitung in einigen Passagen mit einer Zeitvorgabe von 90 Tagen, also bis Mitte Januar 08, an die zuständigen Gremien zurückgegeben hat, ist bis heute nicht erstellt worden. Das neue Grundsatzprogramm liegt zur Zeit daher nicht vor.

27. Die Forderung im Wahlkampf 05 der jetzigen Staatspräsidentin, das einzigartige chilenische binominale Wahlrecht einer grundlegenden Reform zu unterziehen ist über Gespräche zwischen allen Parteien bisher nicht hinausgekommen. Durch dieses System ziehen jeweils nur zwei Abgeordnete und zwei Senatoren pro Wahlkreis ins Parlament ein. Der Zusammenschluss von Kommunisten, Grünen und Humanisten, der es bei Parlamentswahlen im Schnitt auf ca. 7% der Stimmen bringt, hat daher seit der Redemokratisierung Chiles keinerlei Vertretung in der Legislative. Keine bestehende politische Partei hat nach den Neugründungen von Parteien (Chile Primero in 07; mögliche neue Partei von Senator **Zaldivar** in 08) ein wirkliches Interesse an einer Änderung dieser Spielregeln. Folglich müssen neu hinzutretende politische Wahlbewegungen mit den bestehenden Parteien um Plätze auf deren Listen verhandeln. Die Wahrscheinlichkeit, eine parlamentarische Vertretung zu erreichen, indem eine pro Wahlkreis konkurrierende dritte Liste gebildet wird, ist für neugegründete Parteien im bestehenden Wahlsystem sehr gering. Daher werden wohl **Fernando Flores** und **Adolfo Zaldivar** eine Annäherung an die beiden Allianz Parteien suchen. Besteht in dieser

Gemengelage Übereinstimmung rückt ein Regierungswechsel bei den
Dezemberwahlen 09 in greifbare Nähe.

Santiago, im Januar 08

Dr. Helmut Wittelsbürger